

Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB: „Eigenständiges Wissenschaftsministerium muss bleiben!“

Eingliederung in Wirtschaftsministerium wäre fatales Zeichen für weitere Ökonomisierung von Wissenschaft und Bildung.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen sehen die Auflösung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung und die Eingliederung dieser Agenden in das Wirtschaftsministerium als schwerwiegenden Fehler an. „Wissenschaft, Lehre und Forschung sind ein viel zu wichtiges Zukunftsgebiet, um diese Themen nicht in einem eigenen Ministerium zu verankern“, so Ulrike Stein, Arbeiterkammerrätin der AUGÉ/UG (Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen) und für die Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB Bundesvorstand.

Universitäten müssen Raum kritischen Denkens und Forschens bleiben

Die Vereinnahmung dieser Bereiche durch das Wissenschaftsministerium ist ein weiteres Zeichen für die Ökonomisierung von Wissenschaft und Bildung. „Es stellt sich die Frage, welcher Stellenwert gerade der Grundlagenforschung in Zukunft noch eingeräumt werden wird, wenn diese dem Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministers unterliegt“, ergänzt Ernst Eigenbauer, AUGÉ/UG-Arbeiterkammerrat und UG-Betriebsrat an der MedUni Wien. Auch dürfen die Universitäten nicht zu einer reinen Ausbildungsstätte werden, die zukünftige ArbeitnehmerInnen nach den Erfordernissen und Wünschen der Wirtschaft „produziert“, sondern müssen ein Raum des freien

und kritischen Denkens und Forschens bleiben. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen unterstützen daher auch die Proteste der ÖH und der RektorInnen gegen die Minsiterienzusammenlegung.

Eigenes Wissenschaftsministerium muss bleiben

„Die nahe Zukunft wird uns weiterhin vor große und schwierige Herausforderungen stellen; um diese als Gesellschaft bewältigen zu können, braucht es gerade auch Universitäten – die unabhängig von Zurufen und Einflüssen diverser Interessensgruppen – Ideen und Innovationen entwickeln und sich mit differenzierten Ansätzen und Meinungen diesen Herausforderungen stellen“ , ist sich Stein sicher. Die Wissenschaft gemeinsam mit der Wirtschaft in einem Ministerium zu vereinen, ist ein Zeichen dafür, dass solche Universitäten nicht gewünscht sind und ein fatales Zeichen für die Zukunft. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen fordern von der Bundesregierung, ein Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung beizubehalten. „Die Nationalratsabgeordneten rufen wir auf, der Zusammenlegung der Ministerien für Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen des neuen Ministeriengesetzes nicht zuzustimmen.“

Rückfragehinweise:

Unabhängige GewerkschafterInnen

Ulrike Stein, Mobil: 0680/1262146

<http://www.ots.at/pressemappe/3521/aom>